

Westfalen und Lippe, Solidarische Kirche, Oekumenisches Zeugnis, 1989

Der Aufruf zum konziliaren Prozeß gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Richtung der Weltversammlung 1990 ist auch eine Aufforderung und Bitte an die Christen, ihr ökumenisches Zeugnis zu formulieren.

Die Kirchen und Christen, Gemeinden und Gruppen der Ökumene verfassen ihr Zeugnis für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung aus ihrer Tradition heraus in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Kontext. Sie teilen dieses Zeugnis einander mit und beraten es wechselseitig in Zustimmung und Widerspruch mit dem Ziel, einem gemeinsamen Bund für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung näherzukommen.

In unserem Ökumenischen Zeugnis berufen wir uns auf Gott, den Schöpfer, den Erlöser und die Kraft des neuen Lebens. Wir beginnen zu erkennen, daß die drei großen Gefährdungen des Lebens auf der Welt ohne eine tiefe Erneuerung des Glaubens an den dreieinigen Gott nicht zu bannen sind. Das gläubige Erkennen ist der christlichen Praxis noch voraus, darum sprechen wir gemeinsam als Gebet, was wir uns für das Leben der Welt erhoffen:

I.

Wir rufen zu Gott, dem Schöpfer Himmels und der Erden:

Du hast uns einen neuen Himmel und eine neue Erde verheißen, darinnen Gerechtigkeit wohnt. Du hast die Schöpfung ins Leben gerufen und das Leben erhalten durch Deine Gerechtigkeit. Deine Gerechtigkeit ist eine schöpferische Kraft. Sie schenkt uns neues Leben durch die Vergebung der Sünden. Deiner Gabe entspricht unsere Aufgabe, an der Seite der Mühseligen und Beladenen für die Befreiung der Armen, eine gerechtere Welt mit weniger Ungleichheit unter den Menschen zu kämpfen.

Wie Deine Liebe und Treue ist Deine Gerechtigkeit eine Macht, die zur Schöpfung gehört wie Gebirge und Ozeane, Sonne und Wasser. Ohne Gerechtigkeit ist die Schöpfung tot. Unser Leben braucht Deine Gerechtigkeit. Leben braucht Gerechtigkeit.

Wir rufen zu Jesus Christus, dem Erlöser:

Du bist unser Frieden und willst den Frieden unter den Völkern. Du verkündest und verwirklichst den Frieden in Deinem Wort und Werk. Du bist gekommen und hast im Evangelium Frieden verkündet denen, die fern waren, und Frieden denen, die nah waren. Du hast den Zaun der Feindschaft eingerissen zwischen Nah und Fern, Ost und West, Nord und Süd. Ja, Du hast die Feindschaft am Kreuz getötet. Dir nachfolgen heißt, waffenfrei und gewaltlos leben.

Wir rufen zum Heiligen Geist, dem Neuschöpfer:

Du bist der Schöpfung fremd geworden. Herz- und seelenlos geht der Mensch mit der Natur um. Verlorengegangen ist die tiefe spirituelle Bindung an die „Heilige Gabe des Lebens“. Die lange Herrschaft der Sachen über die Person, der Zerstörungsmittel über die Lebensmittel hat unser Denken verwüstet, die Herzen versteinert, die Seele beschädigt, unsere Augen blind gemacht für die Fülle des Lebens. Unsere Hoffnung bist Du, der „Geist, der da lebendig macht“, uns und alle Kreatur, die sich mit uns sehnt. Du bist es, der uns „Ehrfurcht vor dem Leben“ einflößt. Bewahrung der Schöpfung bedarf der spirituellen Erneuerung des Lebensgefühls, darum beten wir: Veni creator spiritus - Komm, Schöpfer Geist.

II.

Die Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche hat sich bei ihrer Gründung im Jahre 1978 Leitsätze gegeben, die die großen Themen der Weltversammlung schon enthalten:

Das Evangelium vom Frieden Gottes verpflichtet uns zum Kampf gegen Militarismus, für Abrüstung und Entspannung (II).

Das Evangelium von der Gerechtigkeit verpflichtet uns zum Kampf für soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung der Wirtschaft und eine neue Weltwirtschaftsordnung (III+IV).

Das Evangelium von der Treue Gottes zu seine Schöpfung verpflichtet uns, Gottes Schöpfung verantwortlich zu verwalten und vor räuberischer Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren (V).

So haben wir bis 1983 als Teil der Friedensbewegung unseres Landes Widerstand geleistet gegen die atomare „Nachrüstung“. Wir meinen, daß das INF-Abkommen vom Dezember 1987 auch durch diesen Widerstand zustande gekommen ist. In unserer Villigster Erklärung von 1982 haben wir unsere radikale Ablehnung von „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ mit Gründen des Glaubens und der Vernunft formuliert. Die Erfahrungen in den jahrelangen Auseinandersetzungen um Abrüstung und Frieden in den 80er Jahren haben uns zu der Erkenntnis geführt, daß der Antikommunismus und die unaufgearbeitete Geschichte des Krieges gegen die Sowjetunion Haupthindernisse für eine von der Bundesrepublik ausgehende aktive Friedens- und Abrüstungspolitik sind. Darum sehen wir seit 1984 einen Schwerpunkt unserer Arbeit in der Aufgabe, „Verständigung und Frieden mit der UdSSR“ zu fördern. 1986 haben wir mit unserem Buch „Brücken der Verständigung“ für ein neues Verhältnis zur Sowjetunion plädiert. 1987 forderten wir in 8 Thesen „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion“ dazu auf, die besondere Schuld Deutschlands zu benennen und zu bearbeiten.

Wir haben uns seit einigen Jahren verstärkt für die Abschaffung des Apartheidsystems eingesetzt, den Sonderfonds des Antirassismusprogramms des Ökumenischen Rates unterstützt und uns die Lusaka-Erklärung zueigen gemacht.

Wir haben uns gegen die zivile Nutzung der Kernenergie gewehrt und dazu eine theologisch-ethische Position entwickelt: „Tschernobyl: Mahnmal großtechnischer

Selbstüberschätzung am Scheideweg in eine Zukunft ohne den Pakt mit der Atomkraft“ (1986).

Wir haben das Verhältnis von „Männern und Frauen in Kirche und Gesellschaft“ (Sheffield-Report) thematisiert und versuchen nun, voranzukommen auf dem Weg, eine Gemeinde von Schwestern und Brüdern zu werden.

Bisher haben wir uns noch kaum gemeinsam mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, ihren nationalen und internationalen Auswirkungen auseinandergesetzt, die Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika einmal ausgenommen.

Bei unseren Zusammenkünften versuchen wir, das Evangelium der Befreiung so zu hören, und einander mitzuteilen, daß Seele und Leib, Denken und Handeln, der Einzelne und die Gemeinschaft ermutigt und gestärkt werden für den Weg des Friedens.

Wir möchten die Erkenntnis vertiefen und verwirklichen, daß die Befreiung von der Herrschaft der Sünde durch Jesus Christus auch die Befreiung von der Sünde der Herrschaft ist. Wir fühlen uns der Tradition der Bekennenden Kirche und der kirchlichen Bruderschaften verpflichtet. Wir haben - weniger aus unserer eigenen Tradition als vielmehr von der ökumenischen Gemeinschaft - gelernt, daß Jesus Christus auch befreit

- von der Sünde der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit (Kapitalismus)
- von der Sünde der Herrschaft der Weißen über die Schwarzen (Rassismus)
- von der Sünde der Herrschaft der Männer über die Frauen (Sexismus)
- von der Sünde der Herrschaft der Zerstörungsmittel über die Lebens-Mittel (Militarismus)

Wir erkennen deutlicher, was es heißt, Glieder einer nordatlantischen Volkskirche im Kapitalismus zu sein und sind voller Hoffnung auf eine ökumenische Friedenskirche in der Kraft des Geistes. Im konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung suchen wir das Gespräch und die Beratung mit Geschwistern, um unseren Weg der Nachfolge zu finden.

III.

Frieden den Völkern -
Bewahrung der Schöpfung

Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sind Lebensfragen. Die Antworten entscheiden über das Leben auf unserem Planeten und über ein menschenwürdiges Leben der einzelnen. Sie sind vielfältig miteinander verflochten und bedingen einander. Eine dementsprechende theologische Konzeption wurde bislang noch nicht entwickelt. Dennoch sagen wir heute gemeinsam: Kein Frieden ohne Gerechtigkeit, oder: Frieden ist das Werk der Gerechtigkeit. Und es ist mit den Händen zu greifen, daß unsere Weise des Produzierens und Konsumierens die Schöpfung nicht bewahrt.

Darum, und weil wir diese Fragen unter uns erst in Ansätzen behandelt haben, werden wir in diesem Zeugnis hauptsächlich von der sozialen Gerechtigkeit sprechen. Zu den Bereichen „Frieden“ und „Bewahrung der Schöpfung“ sollen unsere Grundeinsichten genannt werden.

Frieden den Völkern

In der Villigster Erklärung von 1982 haben wir gesagt: Landesverteidigung mit Massenvernichtungsmitteln heißt: die Menschen des eigenen Volkes und anderer Völker werden angesehen und ausgerottet wie Ungeziefer. Landesverteidigung wird Landesvernichtung und kann zur Vernichtung der Schöpfung führen. Es gibt keinen Wert, und sei er noch so hoch, der um den Preis solcher Vernichtung verteidigt werden darf. Es gilt das Wort der 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983: „Die Herstellung und Stationierung von Kernwaffen ebenso wie deren Einsatz sind ein Verbrechen gegen die Menschheit.“

Bereits 1975 hat die 5. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Nairobi den Christen einen Weg gewiesen, den wir weiter verfolgen wollen: „Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz der Waffen zu leben und bedeutsame Initiativen ergreifen, auf eine wirkliche gemeinsame Abrüstung zu drängen.“

Wir unterstützen die Pläne und Vorschläge der UdSSR zur gemeinsamen Befreiung der Menschheit aus der atomaren Sklaverei. Wir unterstützen das UN-Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“. Wir unterstützen die Vorschläge für eine Ab- und Umrüstung zur „strukturellen Angriffsunfähigkeit“.

Wir wollen weitergehen. Wir wollen die Überwindung der Institution Krieg durch gesamtgesellschaftliche Kriegsdienstverweigerung. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.“ (Art 20,2 GG) Bisher wird dem deutschen Volk in der Bundesrepublik die Abstimmung über einen Grundgesetzartikel verweigert, der die Führung und Vorbereitung des Krieges verbietet und folglich die Unterhaltung von Streitkräften untersagt.

Das Evangelium unseres Herrn Jesus Christus, die Lehren aus der Geschichte unseres Volkes und die Ablehnung von Geist, Logik und [Praxis der - fehlt im Original] Abschreckung weisen uns diesen Weg.

Bewahrung der Schöpfung

Unsere Art und Weise, auf dem Land und in der Stadt zu produzieren und zu konsumieren, ist an Grenzen gestoßen. Die Umweltdiskussion bewegt sich an der Oberfläche der Probleme.

Zwar erinnern wir uns jetzt an den „anderen Schöpfungsauftrag“, die Erde zu bebauen und zu bewahren statt sie sich untertan zu machen wie eine „rechtlose Sklavin“. Zwar merken wir jetzt, daß das naturwissenschaftlich-technische Fortschrittsdenken uns zu „Herren und Besitzern“ der Natur erklärt hat und wir vergessen haben, daß wir als ein Teil in die Ganzheit des Lebens eingebunden sind. Zwar gibt es heute mancherorts sehr ernsthafte Bemühungen um Umweltschutz. Aber der Begriff bleibt an der Oberfläche und hält fest an der alten Vorstellung: der

Mensch ist beherrschendes Zentrum und von ihm getrennt, ihm nachgeordnet, die Natur. Sie muß er nun schützen um seinetwillen, nicht aber um ihretwillen. So ist der Mensch weiterhin Herr und Besitzer der Natur, nun aber obendrein als ihr Beschützer. So verhält sich auch der Sklavenhalter.

Das oberflächliche Umweltdenken sorgt sich um eine wirksame Kontrolle und besseres Management der natürlichen Umwelt zum Nutzen der Menschen. Bewahrung der Schöpfung ist nicht Umweltschutz, sondern die Rettung der „Heiligen Gabe des Lebens“ vor industrieller, militärischer, ökonomischer und zivilisatorischer Zerstörung. Wir müssen erkennen, daß das ökologische Gleichgewicht tiefgreifende Wandlungen unserer Auffassung von der Rolle des Menschen im planetaren Ökosystem erforderlich macht. Wir fragen nach einem neuen Verständnis des menschlichen Lebens im Zusammenhang des Lebens der Schöpfung. Wir fragen nach Gedanken und Erfahrungen, die jenseits von Natur- und Umweltschutz das Leben neu entdecken helfen.

IV.

Gerechtigkeit den Menschen

1.

Mehr soziale Gerechtigkeit, d.h. weniger Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit in der Welt, können nur erreicht werden in der Auseinandersetzung mit wirtschaftlicher Macht. Diese verfügt, mehr als politische Macht, über die Mittel, die auch den leidenden Menschen zu einem menschenwürdigen Leben verhelfen könnten.

Die in unserem Land herrschende Wirtschaftsordnung, die Teil und Kraft der weltweit herrschenden Wirtschaftsordnung ist, führt nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit unter den Menschen; sie ist nicht primär darauf ausgerichtet, die vitalen Bedürfnisse der Menschen nach Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit und Bildung zu befriedigen. Ihr oberstes Ziel ist es, einen Markt zu machen, der Geld bringt zur Vermehrung des Geldes in den Händen, Hirnen und Herzen der männlichen Eliten und ihrer Frauen in den reichen und armen Ländern der Welt. So kann unsere Wirtschaftsordnung den Hunger nicht beseitigen und Armut nicht bezwingen, obwohl die Mittel dazu vorhanden sind.

Der Lobpreis unserer Wirtschaft ist nahezu ungebrochen:

- gepriesen werden ihre Wohltaten unter Hinweis auf den Wohlstand großer Teile der Bevölkerung der sog. westlichen Industrienationen und den niedrigen Lebensstandard der Länder mit sozialistischer Wirtschaftsordnung;
- gepriesen wird der wirtschaftliche und technische Fortschritt unter der Kapitalherrschaft, der die Arbeit erleichtert, die Gesundheit verbessert und die Freizeit vermehrt hat für große Teile der Bevölkerung der sog. westlichen Industrienationen;

- gepriesen wird die Freiheit des Einzelnen, der unter der Kapitalherrschaft durch seine Leistung am Markt sein Glück selbst bestimmen kann in der „Sozialen Marktwirtschaft“,
- vergessen wird, daß der gesellschaftliche Reichtum der westlichen Industrienationen mit Arbeitslosigkeit und steigender Armut eines Teiles der Bevölkerung einhergeht und die ko-stenlose Reproduktionsarbeit der Frauen voraussetzt. Die Verteilungsgerechtigkeit schreit zum Himmel;
- vergessen wird, daß der gesellschaftliche Reichtum der westlichen Industrienationen möglich wurde auf Kosten der Länder der Zweidrittelwelt, die dazu ihre Rohstoffe und Bodenschätze hergeben mußten und müssen, daß ganze Kulturen zerstört und ganze Bevölkerungen in Armut, Hunger und Krankheit verklavt werden. Das weltweite Elend schreit zum Himmel;
- vergessen wird, daß der gesellschaftliche Reichtum der westlichen Industrieländer eine Weise des Produzierens und Konsumierens bedingt, die das Leben der Natur und ihrer Grundlagen gefährdet und zerstört. Die Schöpfung am Rande des Abgrunds schreit zum Himmel.

Unsere Wirtschaftsordnung ist zuerst orientiert an quantitativem Wachstum und der Maximierung der Gewinne. Demgegenüber hat das Korrektiv der sozialen Marktwirtschaft versagt, wenn es überhaupt je ernsthaft angewandt worden ist:

- denn die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, daß der von allen geschaffene Reichtum - vor allem in Gestalt der Produktionsmittel - in den Händen weniger konzentriert ist. Die Massen sind besitzlos geblieben.
- Zur Besitzlosigkeit der Massen ist jetzt seit bald zwei Jahrzehnten die Massenarbeitslosigkeit getreten.
- Die Armut in unserer Gesellschaft wurde nie beseitigt und wird jetzt durch neue Armut vergrößert: steigende Armut der Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Rentner. In steigendem Maße sind alleinstehende Frauen betroffen. Die Armut wird weiblich.

Unsere Wirtschaftsordnung und die ihr entsprechende Volkswirtschaftslehre sind blind und taub gegenüber den arbeitslosen Männern, Frauen und den hungernden Kindern, gegenüber der Verweigerung der Menschenrechte, gegenüber dem Elend, der Armut und dem Ruin der Schöpfung. Kurz, sie verschließt sich gegenüber allen Beschädigungen, Verletzungen und Zerstörungen des Lebens.

2.

Gott will Gerechtigkeit für alle Menschen. Gottes Gerechtigkeit ist das Geschenk der Gnade an uns zu einem freien Leben der Kinder Gottes durch die Vergebung der Sünden. Gerechtigkeit Gottes ist zugleich die Macht Gottes in der Gesellschaft zur Befreiung der Armen und aller Opfer ungerechter Strukturen. Leben ist das erste Recht des Menschen und Gott ist der Liebhaber des Lebens (Weish. 11,26).

Nach Gottes Wort ist die Gerechtigkeit wie eine lebensspendende Schöpfungsmacht. Leben braucht Gerechtigkeit wie Nahrung und Wärme; darum „ströme das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach“ (Am. 5,24). Darum schaue „Gerechtigkeit vom Himmel“ (Ps. 85,12). „Die Sonne der Gerechtigkeit“ (Mal. 3,20), die das Leben erhält, gehe auf über den Menschen.

Weil Gott Gerechtigkeit für das Leben will, ist der solidarische Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit als Option für die Armen im Worte Gottes eine Selbstverständlichkeit. Der Schrei der Entrechteten und das Seufzen der Armen soll nicht ungehört verhallen (Ps. 71,2). Gott steht auf, „dem Verachteten Heil zu bringen“ (Ps 12,6) und die Fesseln der Unterdrückten zu lösen. Den Armen gehört das Reich Gottes; darum preist Jesus sie glücklich. Jesus ruft uns zur Nachfolge: „Niemand kann zwei Herren dienen, ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Matth. 6,24).

Gott dienen heißt: „Sorgt für das Recht! Helft den Unterdrückten!“ (Jes. 1,17). Gott verheißt uns einen neuen Himmel und eine neue Erde, seine Schöpfung und sein Reich, darinnen Gerechtigkeit wohnt (2.Petr. 3,13). Solche Verheißung gibt uns die Kraft zu sozialer Veränderung.

3.

Fast täglich machen wir die Erfahrung, daß uns wirtschaftliche Entscheidungen, die der sozialen Gerechtigkeit widersprechen, als „Sachzwänge“ oder „Eigengesetzlichkeiten“ dargestellt werden. Die ethische Dimension des Wirtschaftens wird zu Unrecht weithin ausgeblendet. Wir müssen uns mit Nachdruck vor Augen führen, daß unsere Wirtschaftsordnung auf einer menschenunwürdigen Wertentscheidung, ja einem lebensfeindlichen Prinzip beruht, daß sich in unserer Sozialgeschichte durchgesetzt hat und in der Rechtsordnung verankert ist.

Das tote Kapital hat Vorrang vor der lebendigen Arbeit. Diese ethische und rechtliche Festlegung besagt: die Unternehmermacht ist stärker als die Macht der abhängig Beschäftigten. Die Verwertung des Kapitals ist wichtiger als die Verwirklichung der Menschenwürde in der Arbeit. Betriebswirtschaftliche Gewinne haben Vorrang vor dem Erhalt der Arbeitsplätze. Das Geld muß arbeiten, darum müssen die Menschen arbeitslos werden. Die Produkte sind wertvoller als die Produzierenden. Die Gegenstände werden veredelt, die Menschen beschädigt. Das ökonomische Wachstum steht über dem sozialen Wachstum und humaner Entwicklung.

Auf die Spitze getrieben, gründet unsere Wirtschaftsordnung auf einer „Ethik“, nach der gilt: die Sachen herrschen über die Personen, das Tote herrscht über das Lebendige, der Tod herrscht über das Leben.

Unsere Wirtschaftsordnung widerspricht in ihren ethischen Prinzipien, ihrer Praxis und ihren Ergebnissen der Gerechtigkeit Gottes, den Bedürfnissen des Menschen und den Lebensbedingungen der Schöpfung. Die Wirtschaftsordnung soll um der Menschen willen da sein, nicht aber die Menschen um der Wirtschaftsordnung willen. Unsere Wirtschaftsordnung muß den Lebensbedingungen der Schöpfung angepaßt werden. Die Schöpfung darf nicht der Wirtschaftsordnung geopfert werden.

Evangelische Theologie und Kirche haben keine eigene Wirtschaftsethik entwickelt, auf die wir jetzt zurückgreifen könnten. Ohne je sozialetische Grundsatzentscheidungen getroffen zu haben, ist die evangelische Kirche nach wie vor von ganzem Herzen antisozialistisch und halbherzig kapitalismuskritisch. Unsere „Kirche im Kapitalismus“ verharrt in Bewußt- und Besinnungslosigkeit gegenüber den „ethischen Prinzipien“ des Wirtschaftssystems. Ohne eine Änderung der Prinzipien unserer Wirtschaftsordnung mit dem Ziel des Vorranges der lebendigen Arbeit vor dem toten Kapital läßt sich soziale Ungerechtigkeit unter den Menschen nicht verringern und das Sterben der Schöpfung nicht aufhalten.

In der Enzyklika *Laborem Exercens* (1981) heißt es:

„Man muß wohl vor allem ein Prinzip in Erinnerung rufen, das die Kirche immer wieder gelehrt hat: das Prinzip des Vorranges der Arbeit gegenüber dem Kapital ... Man muß den Primat des Menschen im Produktionsprozeß, den Primat des Menschen gegenüber den Dingen unterstreichen und herausstellen. Alles, was der Begriff „Kapital“ - im engeren Sinne - umfaßt, ist nur eine Summe von Dingen.“

Man muß wohl auch konkret historisch daran erinnern, daß sich unser Bundesland eine Verfassung gegeben hat, in der es sozialetisch eindeutig und prinzipiell heißt: „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl der Menschen, der Schutz seiner Arbeitskraft hat Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann (jede Frau) hat ein Recht auf Arbeit“ (Art. 24 Landesverfassung NRW). Ein unserer Landesverfassung entsprechender Versuch zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung ist noch nicht unternommen worden.

4.

Alle sozialen Errungenschaften für die abhängig Beschäftigten sind in der Sozialgeschichte unseres Landes demokratisch und/oder gesellschaftlich erkämpft, aber auch immer wieder unter dem Druck wirtschaftlicher Macht relativiert worden. Die Kirche hat an diesen Kämpfen meist an der Seite der Herrschenden teilgenommen und erst in letzter Zeit versucht, die Rolle des Mittlers zu spielen. Aber auch heute wagt sie noch nicht die „Option für die Armen“, den Konflikt mit der Macht des Kapitals, weil sie Volkskirche im Kapitalismus sein will. Die Minderheit der Männer, die die Macht des Kapitals verkörpern, ist nicht unser Feind. Gott will gerade auch die Befreiung dieser Männer vom Zwang der Kapitalherrschaft zum Dienst für das Leben und Wohlergehen aller Menschen. Eine Welt des Mangels, des Hungers, der Armut und des Todes bedarf auch ihrer Kreativität, Gestaltungskraft und praktischen Fähigkeiten im Dienst sozialer Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung.

Die herrschenden Kräfte in Wirtschaft und Politik sehen nach wie vor in wirtschaftlichem Wachstum den Königsweg zur Beschäftigung, zur Linderung oder Lösung aller Probleme. Diese Auffassung ist eine lebensgefährliche Illusion. Zur Lösung der Probleme stehen nicht Wachstumsfragen, sondern Verteilungsfragen im Vordergrund.

1. Im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und Arbeitsplatzvernichtung machen die Rationalisierungspotentiale neuer Technologien in Büro und Fabrik eine neue Verteilung von Arbeit und Einkommen unerläßlich. Kürzere Arbeitszeiten

und damit Arbeit für alle bei Sicherung der Einkommen. Diese Ziele erfordern neben der Politik der Arbeitszeitverkürzung neue Wege der Einkommenssicherung (neben Lohn- und Gehaltseinkommen z.B. bedarfsorientiertes integriertes Mindesteinkommen). Möglich wird ein neues Sozialmodell oder ein anderes Lebensmuster, wenn gesellschaftlicher Reichtum mit immer weniger menschlicher Arbeitskraft erzeugt werden kann. Der 6-Stunden-Tag in der 5-Tage-Woche (z.B.) bei gesichertem Einkommen bietet Männern und Frauen die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit und eine bessere strukturelle Voraussetzung für eine gerechte Verteilung der Reproduktions- und Erwerbsarbeit unter den Geschlechtern. Die Kosten dieses neuen Sozialmodells sind nicht von der Mehrheit der abhängig Beschäftigten aufzubringen, sondern in erster Linie von Konzernen, Banken, Versicherungen und den Besitzern einträglicher Vermögen und Beziehern hoher Einkommen. Ohne eine Umverteilung von oben nach unten wird es keine bessere Verteilungsgerechtigkeit geben. Unsere westfälische Landeskirche nennt dies einen „neuen sozialen Lastenausgleich“. Die Staatsausgaben für Zerstörungsmittel des Militärs und der Großindustrie sind drastisch zu reduzieren zugunsten der Entwicklung einer neuen gerechteren Verteilungsordnung von Arbeit und Einkommen.

2. Die Fragen der internationalen sozialen Verteilungsgerechtigkeit lassen sich womöglich leichter angehen, wenn die nationalen Verteilungsformen neu umkämpft werden, denn es ist alles Geist von einem Geist, der die Welt beherrscht.

Ein erster Schritt ist der Schuldenerlaß für die armen Länder. Es ist nichts als eine bescheidene Rückgabe eines Teils des Reichtums, den wir den Ländern der Zweidrittelwelt verdanken. Es ist ein erster Schritt zur Entwicklung eines umfangreichen Entschädigungsprogramms, das an die Stelle erfolgloser Entwicklungshilfepolitik treten muß. Eine solche „Rückverteilung von Nord nach Süd“ macht nun allerdings Opfer aller Institutionen und der gesamten Bevölkerung nötig. Die Rückverteilung darf keinen ungeschoren lassen. Die westlichen Regierungen haben sich bisher mit Erfolg dagegen gewehrt, daß das globale System der ungerechten Verteilung grundlegend geändert wird. Unverändert bestimmen die Interessen der internationalen Konzerne und Handelsorganisationen, der Großbanken, der wirtschaftlichen und politischen Eliten der Zweidrittelwelt, was auf dem Weltmarkt geschieht. Mit dem Instrument des INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS und der Weltbank halten die westlichen Industrienationen viele Länder in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit fest. Lösungen und Befreiung gibt es nur durch eine neue Weltwirtschaftsordnung.

3. Wirtschaftliche Macht muß anders verteilt werden. So wie politische Macht in vielen Bereichen demokratisch legitimiert, begrenzt, kontrolliert und zurückgenommen werden kann, so muß in der künftigen Entwicklung auch die Wirtschaft demokratisch durch die von ihr betroffenen Menschen legitimiert und kontrolliert werden. Das gilt für Investitionen und Produkte, die gesellschaftlich nützlich und ökologisch verträglich sein müssen und geht hinab bis zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Eine Neuverteilung wirtschaftlicher Macht ist nötig, um die Wirtschaft an den

Grundbedürfnissen der Menschen, der sozialen Gerechtigkeit und den Gegebenheiten der Biosphäre zu orientieren.

4. Südafrika ist der exemplarische Testfall für eine notwendige ethisch-humane Neuorientierung und Bindung der Wirtschaft. Ökonomische Interessen haben zurückzustehen hinter demokratisch humanen Zielen. Da das Apartheidsystem gefördert und stabilisiert wird durch politisch-ökonomische Interessen und Fakten westlicher Volkswirtschaften, ist deren Bekämpfung ein wichtiger Bestandteil der Erschütterung des Apartheidsystems. Da ist der Rückzug des Geldes aus Südafrika, sind Wirtschaftsboykott und Sanktionen nötig als Beitrag zur Befreiung der Schwarzen, zumal Kirchen und politische Vertretungen der Schwarzen dies von uns verlangen.

5.

1. In und hinter den aktuellen und grundsätzlichen Verteilungskämpfen ist mittlerweile deutlich geworden, daß unsere ökonomischen Systeme letztlich nicht in der Lage sind, weltweit soziales und ökologisches Leben zu erhalten und zu fördern. Die Ökonomie ist zur Macht über Leben und Tod geworden und der staatlichen Kontrolle entzogen. Vor einer neuen Weltwirtschaftsordnung, deren Verwirklichung eine Machtfrage ist, brauchen wir auch eine tiefgreifende Erneuerung des ökonomischen Denkens. Das wirtschaftliche Denken, das unter uns entstanden ist, hat den Kontakt verloren zum menschlichen Zusammenleben und zu den Lebensbedingungen der Biosphäre. Sozialistische Systeme sind keine attraktive Alternative zu unseren Erfahrungen mit der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung. Der real existierende Sozialismus ist außerordentlich unattraktiv, nicht zuletzt wegen seiner ökologischen Blindheit. Eine ökologisch-soziale Wirtschaftsordnung und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung werden dann gefördert, wenn das ökonomische Denken in den Dienst des Menschen gestellt und in die Lebenszusammenhänge der Biosphäre eingeordnet wird.
2. Unsere Handlungsperspektiven führen uns an die Seite der Menschen, die für Umverteilung, Rückverteilung und eine Erneuerung der Ökonomie eintreten. Wir haben nicht die Macht, alles oder etwas zu ändern. Aber wir sind sicher, daß immer mehr Menschen sich auf den Weg machen, und wir haben die Gewißheit, daß dieser Weg der Gerechtigkeit in Richtung und Linie der Gerechtigkeit Gottes in seiner Schöpfung und in seinem Reich entspricht. Wir wollen konkrete Alltagspraxis: stärkere Beteiligung an den lokalen Kämpfen gegen Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzvernichtung und Zerstörung der Natur im kommunalen Nahbereich. Nach der Devise global denken - lokal handeln kann es gemeinsame Grundansichten und verschiedene lokale Konkretionen geben in der Auseinandersetzung mit wirtschaftlicher Macht. Es ist richtig, daß wirtschaftliche Macht getroffen, die Änderung der Verhältnisse auch eingeleitet werden kann, wenn immer mehr Menschen ihre alltäglichen Konsumgewohnheiten verändern und wir bei uns selber anfangen, einen einfacheren Lebensstil zu praktizieren. Der persönliche Weg muß aber immer gekoppelt sein mit dem Kampf um Veränderung der Strukturen.

Wolfgang Belitz

1989